



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/179 - 9. August 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0 888 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- |       |   |    |
|-------|---|----|
| 1     | <u>Afrika im Emanzipationsprozess</u>   | 41 |
|       | "Sozialistische Internationale" zeigte richtigen Weg<br>Eine notwendige Erinnerung                        |    |
| 2 - 3 | <u>Nordeuropas Dilemma</u>  | 87 |
|       | "Nordischer Rat" vor schwierigen Problemen<br>Von unserem Korrespondenten in Stockholm, Rudolf Kühner     |    |
| 4 - 5 | <u>Ein Beitrag zur Zeitgeschichte</u>   | 78 |
|       | <u>"Affaire Lautz" und kein Ende</u>  |    |
|       | Hitlers "Todesanwalt" bekommt wieder Pension<br>Bisher schon 160 000 DM vom demokratischen Staat kassiert |    |
| 5     | <u>"Pariatenhaft" in der Zone ...</u>   | 22 |
|       | Kinderseelen werden vergiftet   |    |
| 6     | <u>Sozialdemokraten in der Verantwortung</u>  |    |
|       | Aufbauleistungen in deutschen Städten   |    |
|       | <u>Kaiserslautern - Stadt mit speziellen Sorgen</u>   | 48 |
|       | Von Oberbürgermeister Dr. Sommer  |    |

\* \* \*

\*

9. August 1960

### Afrika im Emanzipationsprozeß

#### "Sozialistische Internationale" zeigte richtigen Weg Eine notwendige Erinnerung

sp - In den letzten Wochen und Monaten haben mehrere ehemalige Kolonialgebiete Afrikas entweder ihre Selbständigkeit erhalten oder sind in das Übergangsstadium zur Souveränität eingetreten. Dieser Emanzipationsprozeß vollzieht sich mit unterschiedlichen Merkmalen; sie reichen von der überschäumenden Freude der einheimischen Bevölkerung über interne Stammesaussinandersetzungen bis zur Auslösung internationaler Krisen, wie wir es augenblicklich in Kongo erleben.

Mit Sicherheit läßt sich sagen, daß überall dort, wo die frühere Kolonialmacht mit Einfühlungsvermögen und weiser Voraussicht den Übergangsprozeß von der ursprünglichen Ausbeutung eines ganzen Gebietes oder Volkes zu seiner Souveränität vorbereitet hat, keine wesentlichen Erschütterungen zu verzeichnen sind. Auch dort, wo Ansätze der freien europäischen Arbeiterbewegung vorhanden sind - seien es Einflüsse des demokratischen Sozialismus, seien es die der Gewerkschaften -, formierten sich verhältnismäßig schnell Kader von selbstbewußten Eingeborenen, die in der Lage sind, das Steuer ihres jungen Staates selbst zu übernehmen. Dort jedoch, wo die frühere Kolonialmacht systematisch den Kontakt der Eingeborenen mit den Ideen einer modernen sozialen Demokratie verhindert hat, zeigen sich Auswüchse, die schon im Keime den jungen selbständigen Staat erschüttern.

Die "Sozialistische Internationale" und die ihr angeschlossenen sozialdemokratischen Parteien in Europa haben schon bald nach dem ersten Weltkrieg in mehreren warnenden Entschuldigungen die Regierungen der Kolonialmächte darauf hingewiesen, daß sich in Afrika bald ein Emanzipationsprozeß zeigen wird, der nicht mehr aufzuhalten ist; auch nicht mit Gewalt.

In den Wirren des zweiten Weltkrieges gerieten diese Warnungen in Vergessenheit. Aber bald danach reckten die Afrikaner wieder ihr Haupt, sie meldeten ihren Anspruch auf Gleichberechtigung in der Familie der Völker. Wieder war es die "Sozialistische Internationale", die - anknüpfend an ihre bereits nach dem ersten Weltkrieg entwickelten Vorstellungen - den Fortbestand des Kolonialismus verurteilte und die Regierungen aufforderte, durch eigene Initiative den vorwärtstürenden Drang der afrikanischen Völker nach Selbständigkeit zu fördern. Wo dies geschah, wo man die Stimme der "Sozialistischen Internationale" hörte, hat die Welt von heute keine politischen oder ökonomischen Krisen in Afrika zu befürchten.

Es scheint uns notwendig zu sein, diese Tatsachen in Erinnerung zu rufen, in einer Situation, da die ganze Welt mit Bessern auf die weitere Entwicklung in Kongo und ganz Afrika blickt.

+ + +

### Nordeuropas Dilemma

Von unserem Korrespondenten in Stockholm, Rudolf Küber

Die kürzliche Tagung des Nordischen Rates in Reykjavik vermittelt den Eindruck, dass die Bemühungen um einen engeren Zusammenschluss der nordeuropäischen Länder in ein Zwischenstadium gelangt sind. Es wurde zwar einhellig empfohlen, in Kungälv bei Göteborg eine Nordische Volksakademie zu schaffen, in welcher Verwaltungsbeamte für die fünf nordischen Länder herangebildet werden sollen. Die ökonomischen Empfehlungen des Rates an die Regierungen, z.B. hinsichtlich der Fischereigrenzen, der Angleichung der Frauennöhne u.a., sind aber vage formuliert und lassen keine bedeutenden Ereignisse erwarten. Es sind Stimmen laut geworden, den Nordischen Rat nicht jedes Jahr tagen zu lassen und auf seine Tagesordnung nur Probleme von entscheidender Bedeutung zu setzen, z.B. eine Koordinierung des höheren Schul- und Forschungswesens.

#### Ungewissheit hinsichtlich der Wirtschaftsintegration

Die Zurückhaltung hinsichtlich der Wirtschaftsempfehlungen dürfte ihre Hauptursache in der Unsicherheit bezüglich der handelspolitischen Entwicklung haben. Dänemark, Norwegen und Schweden sind zwar nun der EFTA angeschlossen. Hinsichtlich der Zukunftschancen dieser kleinen Freihandelszone sind die Auffassungen im Norden keineswegs einheitlich. Mit Misstrauen beobachtet man, dass in Grossbritannien immer häufiger, vor allem in Wirtschaftskreisen, die Mitgliedschaft dieses Landes in der EFTA kritisiert und ein Anschluss an die EWG (Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Benelux) empfohlen wird. Die Erwartung, dass durch die EFTA-Gründung die EWG-Länder zu Verhandlungen über ein grosses, alle demokratischen Länder Europas umfassendes Freihandelsgebiet bewegt werden können, hat sich nicht erfüllt. Die Wirtschaftsinteressen in der Bundesrepublik und in Holland haben sich gegenüber den starken politischen Kräften in der EWG nicht durchsetzen können. Die Sympathien der Vereinigten Staaten für die EWG haben in England überrascht und enttäuscht. - Aber auch in Dänemark betrachten einflussreiche Kreise den Anschluss an die EFTA mit Skepsis, denn sehr wichtige Absatzmärkte für dänische Agrarprodukte liegen ausserhalb der EFTA.

#### Finnland zwischen zwei Feuern

Besonders kritisch ist die Situation für Finnland, dessen Handelsinteressen einen Anschluss an die EFTA motivieren. Der Anschluss ist aber politisch nur denkbar, wenn dadurch das Beistehungsgünstigungs-Arrangement mit der Sowjetunion nicht beeinträchtigt wird. In Helsinki hört man die Auffassung, dass das grosse Verständnis, welches die EFTA den Spezialwünschen Finnlands entgegengebracht hat, die agrarische Minderheitsregierung in Finnland überrascht und beunruhigt. Bei einem negativen Bescheid der EFTA hätte die Regierung dem Reichstage nur mitzuteilen brauchen, dass der Anschluss an die EFTA auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestossen sei. Die Agrarier

hatten schon vor den Parlamentsferien versucht, die Anschlussfrage zu einem Druckmittel auf die bürgerlichen Oppositionsparteien zu benutzen, welche sich einem Eintritt in die Regierung zu den Bedingungen der Agrarier widersetzt hatten. Vermutlich wird Ende August ein neuer Versuch unternommen werden, denn für die Agrarier wäre es unvorteilhaft, im nächsten Reichstags-Wahlkampf isoliert zu sein.

In Helsinki fürchtet man, dass bei einem Auseinanderfallen der EFTA und einem Anschluss der meisten EFTA-Länder an die EWG Finnlands handelspolitische Isolierung gegenüber dem Westen das Land in eine politisch unerwünschte Abhängigkeit vom Sowjetblock bringen könnte. Es liegt demnach in Finnlands Interesse, durch einen Beitritt zur EFTA dieselbe zu stärken und dadurch auch die ökonomische Verbundenheit mit den skandinavischen Nachbarländern zu intensivieren, denn man glaubt, dass hierdurch die skandinavischen Länder bewogen werden könnten, anstelle eines Anschlusses an die EWG den alten Gedanken eines nordischen Handelsblockes wieder aufzugreifen, der weder vom Sowjetblock noch vom Westen politischen Angriffen ausgesetzt wäre und sich dank seiner Zwischenstellung behaupten könnte. In der anderen nordischen Ländern dürfte jedoch die Auffassung überwiegen, dass ein nordischer Handelsblock trotz politischer Vorteile kein ausreichender Ersatz für eine große Freihandelszone wäre.

#### Gemeinsame diplomatische Dienste

Von dänischer Seite wurde angeregt, gewisse diplomatische Aufgaben bei den Auslandsvertretungen der fünf nordeuropäischen Länder zusammenzuschlagen um Kosten zu sparen, z.B. bei der Berichterstattung über juristische, soziale und kulturelle Fragen, sowie bei Hilfeleistungen für Staatsbürger der nordischen Länder im Ausland. In Schweden werden die Anregungen gegenwärtig geprüft. Finnlands Außenhandelsverband hat sich positiv geäußert, möchte jedoch handelspolitische und exportfördernde Aufgaben aus Konkurrenzgründen nicht einbezogen wissen. Das norwegische Außenministerium fürchtet ungünstige und unvorherzusehende Folgen für die Interessen jedes einzelnen Landes, insbesondere in Wirtschaftsfragen.

#### Neue Harpsund-Aussprache Anfang Oktober

Unter dem Eindruck der Wertsitzung in Reykjavik vereinbarten die Regierungschefs der fünf nordeuropäischen Staaten sowie das Präsidium des Nordischen Rates für Anfang Oktober eine Aussprache in Harpsund, dem Sommersitz des schwedischen Ministerpräsidenten. Es sollen neue effektivere Arbeitsformen für den Nordischen Rat gefunden werden. Die Diskussionsergebnisse sollen dann der nächsten Session des Nordischen Rates vorgelegt werden, die Anfang nächsten Jahres in Kopenhagen stattfinden soll.

## Der Beitrag zur Zeitgeschichte

### "Hilflos Leutz" und kein Ende

sp - Der oberste Ankläger Hitlers, der Oberreichsanwalt bei den nationalsozialistischen Volksgerichtshöfen Dr. Ernst Leutz bekommt wieder Ruhestandsbezüge. Mit fast neunmonatiger Verspätung gab die Landesregierung in Kiel jetzt bekannt, dass das Oberverwaltungsgericht in Schleswig die Ruhestandsbezüge des in Lübeck lebender Leutz auf 600 DM festgesetzt hat. Leutz, der böseartigste Ankläger in den von Roland Freisler geleiteten Prozessen hat bisher vom demokratischen Staat über das Pensament der Landesregierung in Kiel rund 160 000 DM ausgezahlt bekommen!

### "Gegen die Grundsätze der Menschlichkeit"

Der Finanzminister von Schleswig-Holstein Dr. G.A. Schäfer hatte Leutz Ende August letzten Jahres alle Versorgungsrechte nach dem Gesetz zum Artikel 131 des Grundgesetzes aberkannt. Das geschah mit der Begründung, Leutz habe durch sein "Verhalten als Oberreichsanwalt am Volksgerichtshof gegen die Grundsätze der Menschlichkeit und rechtsstaatlichkeit verstossen". Fur wenige Wochen später aber meinte das Oberverwaltungsgericht in Schleswig in einer Zwischenentscheidung, Leutz müsse 600 DM monatlich erhalten. Der endgültige Termin für den Verwaltungsprozess, den Leutz gegen Schäfer vor dem Gericht in Schleswig anhängig gemacht hat, wurde jedoch nicht genannt. Auch die Gründe, warum es nun wieder 600 DM für Leutz gibt, werden der Öffentlichkeit vorenthalten.

### Verbissener Kampf um "Ruhestandsbezüge"

Leutz, der sich einmal nicht scheute, 395 mal die Todesstrafe vor den Volksgerichtshöfen zu fordern, kämpft heute verbissen um seine Ruhestandsbezüge. Als er am 1. April 1951 aus alliierter Haft entlassen wurde, setzte man die Bezüge auf 1 632 DM monatlich fest. Das Bundesinnenministerium kürzte die Gelder in Dezember 1953 auf 1342 DM, weil Leutz den Rang des Oberreichsanwalts durch seine gegen Beziehungen zum nationalsozialistischen Regime erhalten habe. Er bekam daher "nur" die Bezüge eines Generalstaatsanwalts a.D., die allerdings aufgrund der Besoldungsverbesserungen wieder auf 1 500 DM hinaufkletterten.

Die Bundesdisziplinarkammer erkannte dann in April 1958 auf Antrag des Bundesinnenministeriums Hitlers Oberreichsanwalt alle Beamtenrechte ab, setzte aber eine sogenannte Gnadenpension von 786 DM fest. Dagegen erhebt Leutz, aber auch das Bundesinnenministerium Einspruch. Auch hier gibt es noch keine Termine für die letztinstanzliche Entscheidung der obersten Disziplinarkammer des Bundes in Westberlin.

### Strafrechtliche Seite noch ungeklärt

Daneben gibt es aber auch noch eine strafrechtliche Seite des Falles Leutz. In ganzen Bundesgebiet ermitteln die Lübecker Staatsanwälte in zehn Fällen, ob Leutz nicht von Freisler zu Unrecht die Todesstrafe forderte und sich dadurch der Beihilfe zum Mord schuldig machte. In einigen Fällen liegen Strafanträge von Angehörigen zugrunde, deren Männer wegen ihres Widerstandes am 20. Juli 1944 auf Antrag von Leutz durch Freisler zum Tode durch Erhängen "verurteilt" wurden - getreu Hitlers Motto "Ich will sie wie Rehlechtwich hängen sehen". Diese Ermittlungen laufen jetzt bereits über vier Jahre und auch hier sind noch keine Termine in Sicht!

### Endlose "Ermittlungen"

In einem Fall steht der Generalmajor a.D. Lindemann im Mittelpunkt der Ermittlungen. Er wurde auf Antrag von Leutz wegen seiner Teilnahme am 20. Juli zum Tode verurteilt. Am 27. November 1944 verkündete Freisler die gleiche Strafe gegen den Architekten Gledien, dessen Ehefrau und die Witwe Kuznitsky. Sie hatten Lindemann fünf Wochen bei sich aufgenommen.

Die Lübecker Staatsanwälte ermitteln ferner wegen der Anträge auf Todesstrafe, welche Lutz für Angehörige der Lübecker Herz-Jesu-Gemeinde und einen Kaufmann Josten aus Essen beantragt hatte, die am 26. Oktober 1944 vollstreckt wurde.

Ferner befindet sich unter den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsarten das von Lutz beantragte und vollstreckte Todesurteil gegen den damaligen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Zachert des preussischen Landtags. Eigenhändig unterzeichnete Lutz eine Aktennotiz, die wörtlich lautet: "Betrifft Vollstreckung der Todesstrafe an dem Vertreter Eduard Zachert: Die Todesstrafe ist am 22. Juli 1943 vorschriftsmässig vollstreckt worden. Die Hinrichtung ist ohne Zwischenfall verlaufen. Sie hat vom Zeitpunkt der Verführung bis zur Vollstreckungsmeldung 14 Sekunden gedauert. Der zutreffenden Erlass reiche ich zurück."

So beurteilte Lutz den Widerstand gegen Hitler

Abschliessend seien noch einige Zitate aus den Plädoyers des damaligen Oberreichsanwaltes Lutz, der 393 mal die Todesstrafe beantragte und zwischen 150 000 Dk. Pensionen bezog, wiedergegeben: "Wenn dieses Urteil vollstreckt sein wird, dann ist zugleich ein Schandfleck aus der Geschichte der deutschen Wehrmacht ausgelöscht werden... Es war ein kleiner Kreis durchvergessener Lumpen, die die Hand gegen den Führer erhoben... Die Strafe, die jedem nur treffen kann, ist die Todesstrafe. Daß ein solches Begangenen nicht damit gestimmt werden kann, dass eine Kugel das Leben der Angeklagten beendet, ist, glaube ich, unbestritten. Die ganzen Beweggründe, das ganze Geschehen, der ganze Ablauf der Dinge führen notwendig zu dem Schluss, die Strafe gegen die Angeklagten nach dem Gesetz vom 29. März 1933 durch den Strang zu vollziehen."

+ + +

#### "Ferienaufenthalt" in der Zone ...

sp - In diesen Tagen sind zahlreiche Kinder aus der sowjetischen Besatzungszone in mehr oder weniger lamentablen Zustand von einem "Ferienaufenthalt" zurückgekommen, der von sowjetzonalen Stellen organisiert worden war. Was man von den Kindern hört, ist zum Teil erschreckend. Gewiß, manchen von ihnen hat der Besuch "drüben" auch Freude bereitet, denn für sie war diese Reise der erste Ausflug ihres Lebens in noch nicht bekannte Gegenden. Das ist immer interessant für einen jungen Menschen. Inzwischen wurde jedoch bekannt, daß man vielerorts die Jungen zu sogenannten Geländespielen herangezogen hat, bei denen geübt werden sollte, wie dem "bösen imperialistischen Feind aus dem Westen" zu begegnen ist. Das Ganze wurde natürlich nach der Art des Indianerspiels aufgezogen, aber immerhin mit dem Hintergrund eines zu erwartenden militärischen Angriffs auf die "Spiedliebende DDR". Diese üblen Mackenschaften der Ulbricht-Clique sind der Ausdruck einer qualvollen Verküpfung und eines hirnlösen Schlagens auf einen Feind, den es überhaupt nicht gibt. Kinderseelen werden vergiftet, und der ursprünglich harmlose Ferienaufenthalt wird zum häßlichen Erpaganda-Feldzug für die Selbstzerfleischung unseres Volkes gemacht. Es gibt eine "JFK-Charta der Rechte des Kindes", in der u.a. gesagt wird, daß Kinder nicht religiös, weltanschaulich oder politisch verhetzt werden dürfen. Wer denkt nicht daran, wenn er hört, was die aus der Zone jetzt zurückgekehrten Kinder erzählen?

- - +

## Kaiserslautern - Stadt mit speziellen Sorgen

Von Oberbürgermeister Dr. Schmar

Die Stadt Kaiserslautern, die ihren Namen von der Lieblingspfalz des Kaisers Friedrich Barbarossa ableitet, war - ebenso wie das ganze Pfälzer Land - im Laufe seiner 800-jährigen Geschichte oft das Schicksalsfeld Europas. Auch im letzten Krieg wurde die Stadt zu fast 70 Prozent zerstört. Der Wiederaufbau wurde zunächst von der französischen Besatzungsmacht behindert, von den 1950 einrückenden Amerikanern alsdann forciert. War es zunächst Besatzungsbefehl, so wurde es bald Initiative und Vitalität der Stadtverwaltung und der Bürgerschaft, die eine nunmehr neue Stadt mit moderner Häusern, neuen Strassenzügen und vielen Grünanlagen gestaltete.

Kaiserslautern ist heute die größte NATO-Garnison Europas. Nicht weniger als 50 000 Amerikaner leben mit ihren Familien in und um Kaiserslautern. Hinzu kommen noch kleinere Einheiten der Kanadier und Franzosen. In der sehr regen Industriestadt (z.B. Pfaff-Nähmaschinen) arbeiten Angehörige von weiteren 53 Nationen. Damit ist Kaiserslautern eine Stadt wahrhaft internationaler Prägung geworden.

Diese Vielfalt bringt Probleme mit sich, die in verständnisvoller Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und den Kommandeuren der Streitkräfte befriedigend gelöst werden. Gross aufgemachte Berichte einzelner Sensationsblätter sind zumeist gestellt oder entstellt, zumindest aber übertrieben.

Die Streitkräfte haben über 25 Prozent des baureifen Geländes der Stadt, darunter auch besten Wald, in Anspruch genommen. So ist sie laufend gezwungen, teures Gelände zu erwerben und zu erschließen, um den Wohnungsbedarf für 90 000 Einwohner zu befriedigen. Über 2000 Familien-eigenheime konnten bisher im Erbbaurecht vergeben werden. Sie passen sich dem die Stadt rings umgebenden Naturschutzpark Pfälzer Wald glücklich an.

Gegenwärtig wird mit einem Aufwand von 16 Millionen DM ein modernes Krankenhaus erstellt. 17 Millionen DM wurde für vorbildliche Schulbauten ausgegeben. Diese Bauten, wie auch der Wohnungs- und Strassenbau sind zu einem grossen Teil Folgekosten der NATO-Verteidigung, die nicht zu den Aufgaben einer Stadt gehören. Von 17 Millionen DM, die für die Streitkräfte unmittelbar oder mittelbar ausgegeben werden, hat unsere Stadt nicht weniger als 14,5 Millionen DM selbst getragen. Trotz vieler Vorstellungen ist das Bundesverteidigungs- und das Finanzministerium nicht bereit, diese Tatsache zu würdigen. Die Verschuldung der fleissigen Industriestadt gibt zu Sorgen Anlass.

Als letzte grosse Anstrengung vor Erreichung der Verschuldungsgrenze wird in diesen Tagen der Grundstein zu dem seit 35 Jahren ersuchten Hallenschwimmbad gelegt und der seit 50 Jahren geplante Neubau eines Rathauses, dessen Arbeit z.Bt. auf 10 Dienststellen verstreut sind, in Angriff genommen werden.

Kaiserslautern ist ein lebendes Beispiel dafür, dass der Aufswille einer tatkräftigen und fleissigen Bevölkerung alle sinnlosen Zerstörungen vieler Kriege durch Jahrhunderte hindurch zu überwinden vermag.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel